

A11 LMV ANTRAG: Bremische Abfallwirtschaftskonzepte brauchen öffentliche Beteiligung

Antragsteller*in: Dr. Jeanne-Marie Ehbauer

Tagesordnungspunkt: 2. Anträge

1 Grüne kämpfen für mehr Transparenz in Staat, in den Parteien, in der Verwaltung
2 und in der Wirtschaft. Und das ist GUT so! Wir wollen dass die Menschen wieder
3 für demokratische Entscheidungsprozesse und das Funktionieren von Verwaltung
4 begeistert werden können. Eine entscheidende Voraussetzung hierfür ist
5 Transparenz und Nachvollziehbarkeit von Verwaltungshandeln. Wir befinden uns in
6 dieser Hinsicht mit unserem Bremischen Informationsfreiheitsgesetz und dem
7 Transparenzportal auf einem guten, bundesweit beachteten Weg. Dennoch gibt es
8 auch in Bremen noch einiges zu tun.

9 Im konkreten Fall geht es um das Bremische Ausführungsgesetz zum
10 Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz (BremAGKrW-/AbfG), das in § 1A (1)
11 regelt:

12 „Das Abfallwirtschaftskonzept und seine Fortschreibungen sind der zuständigen
13 Behörde vorzulegen. Das Abfallwirtschaftskonzept und seine Fortschreibung sind
14 der Öffentlichkeit in geeigneter Form zugänglich zu machen.“

15 Es wird demnach lediglich eine Veröffentlichung NACH Abschluss des Prozesses
16 vorgeschrieben, aber keine wirkliche öffentliche Beteiligung.

17 Wir sind der Meinung, dass unsere Rot-Grüne Landesregierung hier eine aus
18 unserer Sicht überfällige Veränderung angehen sollte. Nur wenig
19 emotionalisiert die Bürger*innen so stark wie Müllverbrennung und Deponien – der
20 Ruf dieser Branche ist darüber hinaus (zurecht) wegen diverser Skandale alles
21 andere als unbelastet. Aus diesem Grund sollten wir Grüne hier ein Zeichen
22 setzen und das BremAGKrW-/AbfG noch im Laufe dieser Legislaturperiode um das
23 Ziel einer öffentlichen Beteiligung ergänzen.

24 Hierfür könnten wir die entsprechende Formulierung aus dem §5 (2) des NAbfG

25 „... Die Entwürfe sind auf die Dauer von zwei Wochen öffentlich auszulegen. Ort
26 und Dauer der Auslegung sind mindestens eine Woche vorher öffentlich bekannt zu
27 machen mit dem Hinweis darauf, dass Bedenken und Anregungen während der
28 Auslegungsfrist vorgebracht werden können. Denjenigen, die rechtzeitig
29 Anregungen und Bedenken vorgebracht haben, ist Gelegenheit zur Erörterung zu
30 geben.“

31 Die Antragsteller*innen sind sich sicher, dass die Grüne Bürgerschaftsfraktion
32 in Zusammenarbeit mit der senatorischen Behörde auch unabhängig von dem
33 Textbeispiel aus dem niedersächsischen Gesetz eine gute Formulierung für die
34 rechtliche Lösung dieses Beteiligungs-Problems finden und implementieren kann.

35 Daher bitten wir die Landesmitgliederversammlung folgenden Beschluss zu fassen:

36 Die Landesmitgliederversammlung fordert die Partei, die Grüne
37 Bürgerschaftsfraktion und unsere Grünen Vertreter*innen in den senatorischen
38 Behörden auf, ihr Möglichstes zu tun, um noch vor Ende der Legislaturperiode
39 eine am niedersächsischen Beispiel orientierte Beteiligungslösung in das
40 BremAGKrW-/AbfG einzufügen.

Unterstützer*innen

Thomas Schäfer; Dorothea Fensak; Doris Hoch; Maurice Müller; Petra Coordes; Michael Labetzke; Hans-Gerhard Schmidt; Claas Schott; Norbert Friedrich; Firmian von Peetz; Hannes (Hans-Peter) Behrens (GRÜNE Bremerhaven)